



Interpellation SP-Fraktion Erstunterzeichnender Reiner Bernath

Radioaktives Wasser nach einem AKW-Unfall

Begründung:

Die Ärztinnen und Ärzte für Umweltschutz (AefU) Schweiz berichten in der neuesten Ausgabe ihrer Fachzeitschrift Oekoskop über falsche Zahlen im aktuellsten Bericht des Eidgenössischen Nuklarsicherheitsinspektorats (Ensi) zu radioaktivem Wasser aus havarierten Atomkraftwerken. Was ist der Hintergrund? Im japanischen Fukushima gelangt seit über zwei Jahren radioaktives Wasser in grossen Mengen aus den havarierten Reaktoren ins Meer. Bei einem entsprechenden Unfall in einem Schweizer Atomkraftwerk würde das radioaktive Wasser in die Aare und den Rhein gelangen. Das Ensi ist verpflichtet, alle weltweiten Reaktorunfälle in der schweizerischen Notfallplanung zu berücksichtigen. Die AefU berichten nun, dass das Ensi in ihrem Bericht vom Oktober 2013 nur die Region Basel berücksichtigt und aufgrund von fehlerhaften Annahmen und Berechnungen die Folgen der radioaktiven Verseuchung der Flüsse und des Grundwassers verharmlost. (vgl. <http://www.aefu.ch/aktuell/#c22291>) Würde „Fukushima“ im typgleichen AKW Mühleberg geschehen und radioaktives Wasser in die Aare gelangen, so wäre auch die Stadt Solothurn betroffen.

Aus diesen Gründen richten wir folgende Fragen an das Stadtpräsidium und die städtische Verwaltung:

- 1) Wie nutzt Solothurn das Wasser der Aare zur Trinkwassergewinnung (direkt und/oder indirekt, z. B. durch die Nutzung von Grundwasser, das mit der Aare verbunden ist)?
- 2) Warum kommt die Trinkwasserversorgung unserer Stadt im Ensi-Bericht nicht vor?
- 3) Wie viele Menschen werden mit diesem Trinkwasser versorgt?
- 4) Hat sich das Ensi oder eine andere Behörde des Bundes bzw. im Auftrag des Bundes bei der Stadt über den Zusammenhang zwischen radioaktivem Wasser und der Trinkwasserversorgung unserer Stadt informiert? Wer und wann?



Sozialdemokratische Partei der Stadt Solothurn

GR-Fraktion, Postfach 1534, 4502 Solothurn, Postkonto 45-6640-6, www.spstadtso.ch

- 5) Verfügen die zuständigen Behörden der Stadt über Informationen, wie sie sich verhalten müssten, wenn radioaktives Wasser aus dem AKW Mühleberg in die Aare gelangen würde? Seit wann und vom wem?
- 6) Wie müsste die Stadt reagieren?
- 7) Was würde mit der Trinkwasserversorgung geschehen, wenn – wie in Fukushima – mehr als zwei Jahre lang immer wieder radioaktives Wasser aus dem AKW Mühleberg in die Aare gelangen würde? Wurde dieser Fall untersucht? Wenn ja, vom wem?

Für die Sozialdemokratische Partei der Stadt Solothurn und im eigenen Namen:

Solothurn, 14. Januar 2014

Reiner Bernath